

(A)

(C)

216. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 5. Februar 1998

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich auf der Ehrentribüne den **Vorsitzenden der Volksversammlung der Republik Albanien, Herrn Professor Skender Gjinushi**, mit seinen Parlamentariern, die zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Bonn sind, recht herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen bei dem schwierigen Prozeß der Demokratisierung, der Stabilisierung und des Aufbaus der Marktwirtschaft in Ihrem Lande viel Erfolg. Nach den Gesprächen gestern und den heutigen Gesprächen hier in Bonn weiß ich, wie sehr wir Gespräche und Zusammenarbeit brauchen. Alles Gute auf Ihrem Weg!

(B)

Dann möchte ich zunächst dem Kollegen **Carl-Detlev von Hammerstein**, der am 26. Januar seinen 60. Geburtstag feierte, und der Kollegin **Editha Limbach**, die am 1. Februar ihren 65. Geburtstag beging, nachträglich herzliche Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Nun zu den Amflichen Mitteilungen: Interfraktionell ist vereinbart worden, die verbundene Tagesordnung um die Ihnen mit einer Zusatzpunktliste vorgelegten Punkte zu erweitern:

2. Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen – Drucksache 13/9741 –
3. Beratung des Antrags des Abgeordneten Ulf Fink und der Fraktion der CDU/CSU, sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel und der Fraktion der F.D.P.: Arbeit ist genug vorhanden – Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung – Drucksache 13/9743 –
4. Weitere Überweisungen im vereinfachten Verfahren

(Ergänzung zu TOP 16)

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Strafverfahrensrechts – Strafverfahrensänderungsgesetz 1996 – (StVAG 1996) – Drucksache 13/9718 –

- b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Drucksache 13/9720 –

- c) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur verbesserten Abschöpfung von Vermögensvorteilen aus Straftaten – Drucksache 13/9742 –

- d) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung – Drucksache 13/9610 –

5. Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache

(Ergänzung zu TOP 17)

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß) zu der Verordnung der Bundesregierung

Zustimmungsbedürftige Verordnung über die Rücknahme und Entsorgung gebrauchter Batterien und Akkumulatoren (Batterieverordnung – BattV) – Drucksachen 13/9516, 13/9669 Nr. 2.1, 13/9762 –

- b) Beratung des Antrags der Bundesregierung: Ausnahme vom Verbot der Zugehörigkeit zu einem Aufsichtsrat für ein Mitglied der Bundesregierung – Drucksache 13/9702 –

6. Vereinbarte Debatte: Naturschutzrecht, Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und Ausgleichsregelung für die Landwirtschaft

7. Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zur Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften – Drucksachen 13/6441, 13/7778, 13/8180, 13/8268, 13/9638 –

8. Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz zum Schutz des Bodens – Drucksachen 13/6701, 13/7891, 13/8182, 13/9637 –

9. Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft über die besondere Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischzerzeugnissen (Rindfleischetikettierungsgesetz – RIFLEttikettG) – Drucksachen 13/8052, 13/8837, 13/9325, 13/9641 –

10. Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der SPD: Haltung der Bundesregierung zur Eignung des Termins 13. August 1998 für ein Öffentliches Gelöbniß

11. Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulrike Höfken, Monika Knoche, Steffi Lemke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Benzol- und Toxizitätsbelastungen von Lebensmitteln ausschließen – Drucksache 13/8762 –

(D)

Dr. Wolfgang Wodarg

- (A) mit einer gewissen Abschwächung, bis wir das Gegenteil beweisen, auch für Deutschland.

Wir können den Kunden nur sagen, daß sie auf der sicheren Seite sind, wenn wir nicht beschwören, daß wir sicher sind, sondern wenn wir es ihnen beweisen. Dafür tut diese Bundesregierung viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD und der PDS – Heinrich-Wilhelm Ronsöhr [CDU/CSU]: Ich bestehe zumindest auf der Antwort, ob ein BSE-Fall aufgetreten ist!)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Nein, Herr Kollege, das geht nicht.

Damit sind wir am Ende unserer Aussprache. Ich will dem Kollegen Hinsken wirklich Gerechtigkeit widerfahren lassen. Er ist nicht nur, wie gesagt worden ist, Bäckermeister und nicht nur, wie gesagt worden ist, Konditormeister, sondern er ist Bäckermeister und Konditormeister. Darum verdient er doppelte Glückwünsche.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 13/9534, 13/9535, 13/7962, 13/8425, 13/8426 und 13/8762 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann sind diese Überweisungen so beschlossen.

Dann kommen wir zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vermeidung von Gesundheitsrisiken für den Menschen durch Einschränkung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung. Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt unter Nr. 1 der Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/8910 die Annahme einer Entschließung. Wer für diese Beschlußempfehlung des Ausschusses stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS angenommen worden ist.

- (B) Unter Nr. 2 seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/8910 empfiehlt der Ausschuß, den Antrag auf Drucksache 13/7528 abzulehnen. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses auf Ablehnung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung des Ausschusses mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen worden ist.

Damit rufe ich den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Konrad Kunick, Gerd Andres, Lilo Blunck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Förderung der Seeschifffahrt in Deutschland

– Drucksache 13/9075 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuß (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Ausschuß für Verkehr

(C) Ich stelle fest, daß alle Reden – die Reden der Kolleginnen und Kollegen Werner Kuhn, Konrad Kunick, Egbert Nitsch, Lisa Peters und Dagmar Enkelmann – zu Protokoll gegeben worden sind.*) Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 13/9075 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Dann rufe ich die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b auf:

- a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Dagmar Enkelmann, Maritta Böttcher, weiteren Abgeordneten und der Gruppe der PDS eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch die unmittelbare Demokratie

– Drucksache 13/9280 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (federführend)
Innenausschuß
Rechtsausschuß

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS

Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

– Drucksache 13/9281 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Für diese Aussprache ist nach einer interfraktionellen Vereinbarung eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Gruppe der PDS fünf Minuten erhalten soll. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Gleichzeitig stelle ich fest, daß die Reden der Kollegen Andreas Schmidt, Wilhelm Schmidt, Gerald Häfner und Jörg van Essen zu Protokoll gegeben worden sind.**)

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort der Abgeordneten Dagmar Enkelmann.

Dr. Dagmar Enkelmann (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Wir sind das Volk“ war richtig in einem totalitären System. Für die Demokratie bedeutet dieser Slogan aber die Diskriminierung unseres parlamentarischen Systems.

So Rupert Scholz, CDU, 1993 in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat.

*) Anlage 7

**) Anlage 8

(C)

(D)

Dr. Dagmar Enkelmann

(A) Welche Überheblichkeit eines gewählten Volksvertreters!

(Beifall bei der PDS)

Welche Selbstzufriedenheit! Welche Ignoranz gegenüber einer Mehrheit der Bevölkerung, die seit langem eine stärkere Beteiligung in politischen Entscheidungsprozessen fordert! Das ist Arroganz der Macht pur.

1992/1993 wandten sich zirka 230 000 Bürgerinnen und Bürger mit der Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung plebiszitärer Demokratie an die Gemeinsame Verfassungskommission. In Meinungsumfragen sprechen sich zwischen 65 und mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für eine Volksgesetzgebung aus. Eine deutliche Mehrheit gibt sich eben nicht mehr damit zufrieden, alle vier oder fünf Jahre zur Wahl zu gehen, um dann hilflos zusehen zu müssen, was mit ihrem Wählerwillen passiert. Eine deutliche Mehrheit will bei wichtigen politischen Entscheidungen gefragt werden, will nicht mehr nur die Stimme bei der Wahl abgeben, um dann stimmlos vier Jahre zum Zuschauer degradiert zu werden.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Das kann bloß bei der PDS der Fall sein!)

Die PDS möchte mit ihren Vorschlägen den Übergang von der Zuschauerdemokratie zur **Teilhabedemokratie** einleiten. Wäre es nicht so spät, würde es jetzt wahrscheinlich einen Aufschrei geben: Ausgerechnet Sie! Sie haben doch die Demokratie mit Füßen getreten. 40 Jahre haben Sie die Menschen in der DDR bevormundet und ihnen keine demokratischen Rechte zugebilligt. – Dann sage ich Ihnen: Ja, gerade wir. Denn ein großer Teil von uns hat sich bei der Wende aktiv in die politischen Veränderungen eingebracht, hat sich an Demonstrationen für mehr Pressefreiheit und Demokratie beteiligt und hat an runden Tischen gesessen.

(B)

So wie wir erfahren jetzt mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger in der ehemaligen DDR Grenzen und Defizite in der neuen Demokratie. Zur Zeit läuft in Brandenburg zum Beispiel das Volksbegehren gegen den Bau der Strecke des Transrapid zwischen Berlin und Hamburg. Nicht selten sagen mir die Leute: Was können wir schon machen? Die da oben entscheiden ja doch. Das ist so wie früher. Da hat sich nichts geändert. – Ich finde, dies ist eine schlimme Erfahrung, die die Leute in der ehemaligen DDR gemacht haben.

Die Möglichkeiten der Beteiligung zum Beispiel an Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren werden nicht ausgeschöpft, weil inzwischen allzuoft die Erfahrung gemacht wurde, daß Widersprüche und Bedenken vom Tisch gekehrt wurden und daß selbst Gutachten von Sachverständigen unberücksichtigt blieben, wenn ein politischer Wille durchgesetzt werden sollte. Wieder machen Bürgerinnen und Bürger die Erfahrung, für unmündig erklärt zu werden, nicht

gefragt zu sein, wenn es um ihre eigenen Belange geht. (C)

Es gibt übrigens ein hübsches chinesisches Sprichwort, das ich hier als sehr passend empfinde: Wenn man den Teich austrocknen will, darf man die Frösche nicht fragen. Nebenbei bemerkt: Bei meiner Sympathie für Frösche möchte ich, daß auch sie gefragt werden.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fordern, daß sich da etwas ändert, daß sie stärker Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse nehmen können. Genau vor diesem Hintergrund schlägt die PDS in ihrem Gesetzentwurf vor, erstens Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz zu verankern,

(Beifall bei der PDS)

zweitens das Petitionsrecht insbesondere im Hinblick auf Rechte der Vertreterinnen und Vertreter von Massenpetitionen zu präzisieren und zu erweitern, drittens darüber hinaus einen Bürgerbeauftragten oder eine Bürgerbeauftragte mit weitgehenden Initiativrechten einzusetzen,

(Beifall bei der PDS)

viertens ein Grundrecht auf Verfahrensbeteiligung im Grundgesetz festzuschreiben.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.

Diesem Satz des Grundgesetzes wollen wir endlich mehr Gewicht verleihen. Wir wollen damit eben nicht die Diskriminierung des parlamentarischen Systems, sondern seine Demokratisierung erreichen.

(Beifall bei der PDS)

(D)

Ich kann Sie nur auffordern: Machen Sie mit!

(Beifall bei der PDS)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche eine angenehme Nachtruhe.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 13/9280 und 13/9281 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, den 6. Februar 1998, 9 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen, so daß der Erfüllung des Wunsches von Frau Dr. Enkelmann nichts weiter im Wege steht.

(Schluß der Sitzung: 22.38 Uhr)